

Uwe Backes / Günther Heydemann / Clemens Vollnhals (Hg.)

# Staatssozialismen im Vergleich

Staatspartei – Sozialpolitik – Opposition





Schriften des Hannah-Arendt-Instituts  
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Thomas Lindenberger und Clemens Vollnhals

Band 64

# Staatssozialismen im Vergleich

Staatspartei – Sozialpolitik – Opposition

Herausgegeben von Uwe Backes,  
Günther Heydemann und Clemens Vollnhals

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2019, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen  
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Flaggen der sozialistischen Länder Europas  
Gestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Satz: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 2197-0971  
ISBN 978-3-647-37077-4

## Inhalt

Einleitung	9
I. Sowjetunion	27
<i>Helmut Altrichter</i> Die Chimäre vom Rätestaat	29
<i>Stefan Plaggenborg</i> Sozialpolitik in der Sowjetunion 1975–1991: Ein Beitrag zum Untergang	45
<i>Alexej Makarov</i> Die Dissidentenbewegung in der Sowjetunion. Strategien und Praxis	61
II. Polen	85
<i>Tytus Jaskułowski</i> Das politische System der Volksrepublik Polen in den letzten Jahrzehnten seines Bestehens	87
<i>Patryk Wasiak</i> „Sozialwirtschaftliche Entwicklung“ in der Zeit der Krise. Die volkspolnische Sozialpolitik in den 1980er-Jahren	99
<i>Klaus Ziemer</i> Opposition und Widerstand im kommunistischen Polen	113
III. Tschechoslowakei	133
<i>Stanislav Balík</i> Die Staatspartei der Tschechoslowakei	135
<i>Jakub Rákosník</i> Sozialpolitik und das Ende der sozialistischen Diktatur in der Tschechoslowakei	151

<i>Jan Holzer</i> Opposition und Widerstand gegen kommunistische Regime: Der Fall Tschechoslowakei	169
IV. Ungarn	189
<i>Andreas Schmidt-Schweizer</i> Die Staatspartei in Ungarn (1944–1989). Vom Vasallen Moskaus zum Vorreiter der Systemtransformation	191
<i>Tibor Valuch</i> Staatssozialismus – Sozialpolitik – Legitimation. Ungarn im mitteleuropäischen Vergleich 1945 bis 1989	209
<i>Krisztián Ungváry</i> Opposition und Widerstand in Ungarn	225
V. DDR	245
<i>Andreas Malycha</i> Der „Konsumsozialismus“ Honeckers. Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro in den 1970er- und 1980er-Jahren	247
<i>Manfred G. Schmidt</i> Legitimitätsprobleme im Sozialismus. Die Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik	261
<i>Ehrhart Neubert</i> Opposition und Widerstand in der DDR	283
VI. Rumänien	307
<i>Thomas Kunze</i> Die Rumänische Kommunistische Partei und ihre Führer Gheorghe Gheorghiu-Dej und Nicolae Ceaușescu	309

	<i>Inhalt</i>	7
	<i>Alexandru-Murad Mironov</i> Wirtschafts- und Sozialpolitik in Rumänien	327
	<i>Anneli Ute Gabanyi</i> Politische Opposition im kommunistischen Rumänien (1944–1989)	347
VII.	Bulgarien	377
	<i>Michail Gruev</i> Organisationsentwicklung, Ideenprozesse und innere Kämpfe in der Bulgarischen Kommunistischen Partei während der 1970er- und 1980er-Jahre	379
	<i>Alexander Vezenkov</i> Sozialpolitik im kommunistischen Bulgarien	389
	<i>Dimitrina Petrova</i> Widerspruch und Opposition im kommunistischen Bulgarien	409
VIII.	Albanien	445
	<i>Michael Schmidt-Neke</i> Das politische System Albaniens 1944–1991	447
IX.	Jugoslawien	467
	<i>Wolfgang Höpken</i> Jugoslawien 1970–1989: „Pfadbesonderheiten“ und allgemeine Krise des Sozialismus	469
X.	Anhang	525
	Abkürzungsverzeichnis	527
	Personenverzeichnis	531
	Autorenverzeichnis	539





## Einleitung

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme scheint es an der Zeit, den bereits vor 1989 gelegentlich unternommenen Versuch<sup>1</sup> eines systematischen Vergleichs ihrer Entwicklungsbedingungen, Strukturen und Funktionsmechanismen erneut zu unternehmen. Die schon in der Endphase im Zeichen von Glasnost in der Sowjetunion begonnene „Archivrevolution“ hat die Wissensbasis dafür erheblich erweitert,<sup>2</sup> auch wenn der Daten- und Quellenzugang in manchen Ländern zumindest zeitweise schwieriger war als in der ehemaligen DDR; die Arbeitsbedingungen für Historiker und Sozialwissenschaftler sind in Putins Russland inzwischen vielerorts wieder schlechter als am Ende der Regierungszeit Gorbatschows. Zudem standen nicht überall (wie im westlichen Deutschland) Heerscharen gut ausgebildeter Historiker und Sozialwissenschaftler bereit, die nur darauf warteten, auf Entdeckungsreise zu gehen und ungehobene Schätze zu bergen.

Dennoch liegt inzwischen eine Vielzahl quellengesättigter Studien zu unterschiedlichen Bereichen der realsozialistischen Systeme vor, die einer komparativen Sichtung und Durchdringung harren. Um vergleichende Forschungen anzuregen und zu ermutigen, lud das Hannah-Arendt-Institut vom 29. September bis 1. Oktober 2016 Wissenschaftler aus zehn Ländern zu Vorträgen und Diskussionsrunden nach Dresden ein. Die in diesem Band versammelten Beiträge bauen darauf auf.

Sie umfassen alle europäischen Staatssozialismen einschließlich der Sowjetunion, Jugoslawiens und Albaniens. Es handelt sich um Länderstudien, doch folgen alle einheitlichen Fragestellungen und bemühen sich um eine vergleichende Einordnung der Fälle. Drei für die Stabilität politischer Systeme zentrale Funktionsbereiche stehen jeweils im Zentrum der Betrachtung: 1) die Staatsparteien

- 1 Vgl. vor allem Klaus von Beyme, *Ökonomie und Politik im Sozialismus*, 2. Auflage München 1977; Peter Ferdinand, *Communist Regimes in Comparative Perspective. The Evolution of the Soviet, Chinese, and Yugoslav Models*, Hertfordshire 1991; Jürgen Hartmann, *Politik und Gesellschaft in Osteuropa. Eine Einführung*, Frankfurt a. M. 1983. Eine wichtige Basis für Vergleiche boten systematische Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Realsozialismus seit 1945, etwa Joseph Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe since World War II*, Oxford 1989.
- 2 Vgl. Stéphane Courtois, *Kommunismus im Zeitalter des Totalitarismus – eine Jahrhundertbilanz*. In: Uwe Backes/ders. (Hg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 17–58, hier 32–37.

als monopolistische Herrschaftsträger, 2) die von ihnen praktizierte Sozialpolitik als wichtigstes Mittel der Herrschaftslegitimierung und Loyalitätsgewinnung sowie 3) die in den einzelnen Staaten unterschiedlichen Spielräume für abweichendes politisches Verhalten, Dissidenz, Opposition und Widerstand.

Sektorale Vergleiche sollen dadurch angeregt werden, dass auf den drei Feldern Besonderheiten der jeweiligen Fälle (Abweichungen gegenüber anderen realsozialistischen Ländern) erfasst und eingeordnet werden. Die zu berücksichtigende Chronologie erfasst den Gesamtzeitraum der Existenz der Staatssozialismen, legt aber den Schwerpunkt auf das letzte Jahrzehnt vor ihrem Untergang. Folgende Fragen wurden den Referenten und Autoren gestellt:

- 1) Staatsparteien: Erfolgte ihre Konstituierung und Etablierung eher „endogen“ oder „exogen“ (externer Druck)? Wie legitimierte sich die Staatspartei und wie erfolgreich war sie dabei? Wie entwickelte sich das Mitgliederpotenzial? Wo lagen die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit? Welche innerparteilichen Konflikte traten auf? Kam es im letzten Jahrzehnt zur Konfrontation zwischen Hardlinern und Softlinern? Wie entwickelte sich das Verhältnis der Partei zu den Sicherheitsdiensten und zum Militär? Welche Rolle spielten die Massenorganisationen? Gab es Blockparteien und inwieweit wurden diese domestiziert und instrumentalisiert? Wie stark war der sowjetische Einfluss?
- 2) Sozialpolitik: Welche sozialpolitischen Leistungen konnte die Staatspartei (insbesondere auf den Gebieten der Güterversorgung, des Wohnungsbaus, des Gesundheitswesens und der Altersversorgung) erbringen? Inwieweit wurde dadurch Loyalität und Systemstabilisierung erzielt? Wo lagen ihre Grenzen? Welche Konsequenzen hatte dies für die Systemlegitimierung?
- 3) Dissidenz, Opposition, Widerstand: Wie entwickelten sich Artikulationsmöglichkeiten für abweichendes politisches Verhalten? In welchen sozialen Segmenten etablierten sich Dissidenz und oppositionelle Strukturen? Welche Stärke besaßen oppositionelle Gruppen? Korrelierten Phasen nachlassender Repression mit einem Erstarren von Dissidenz und Widerstand? Gab es Formen gewaltsamen Widerstands? Welche Unterstützung wurde oppositionellen Gruppierungen von außen zuteil?

Der folgende Überblick sichtet die Befunde der Autoren auf diesen drei Feldern. Er löst sich daher von der Gliederung des Bandes, die aufgrund des Länderprinzips naturgemäß der politischen Geografie folgt.

## Staatsparteien

Alle realsozialistischen Staaten waren Einparteieregime, bei denen die politische Macht in den Händen einer Staatspartei gebündelt war. Soweit sie ihre Existenz dem Sieg der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges und der so entstandenen Hegemonie Moskaus im östlichen Europa verdankten, entsprachen sie zumindest anfänglich weitgehend dem sowjetischen Modell, wie es sich un-

ter Lenin und Stalin herausgebildet hatte.<sup>3</sup> Ihre zentrale Legitimationsidee war die „Diktatur des Proletariats“, der Anspruch einer „revolutionären Avantgarde“, Herrschaft im Interesse der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit für eine Übergangszeit „despotisch“ auszuüben, um den historischen Durchbruch einer neuen Ordnung mit emanzipatorischen Zielen (Sozialismus/Kommunismus) zu ermöglichen. In den Verfassungen nach 1945 war meist in weicherer Diktion von der „führenden Rolle“ der Partei die Rede, deren monopolistischer Machtanspruch dem Gedanken einer institutionellen Gewaltenkontrolle widersprach. Stattdessen waren Staats- und Parteiämter eng verbunden, auf Dauer gesichert durch die systematische Besetzung aller Leitungsfunktionen mit bewährten Parteikadern („Nomenklatura“). In ihrem Inneren folgten die Staatsparteien den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“. Dies bedeutete in der Theorie für alle verbindliche Beschlüsse nach vorheriger Diskussion, in der Praxis strikt hierarchische Entscheidungsprozesse, bei denen die obersten Parteigremien (in der Regel das „Politbüro“ und der „Generalsekretär“) bestimmenden Einfluss ausübten. Die Herrschaft des Politbüros erstreckte sich nicht nur auf die Institutionen des Staates, sondern auch auf weite Teile der Gesellschaft, insbesondere die zentral verwaltete, von staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln geprägte Wirtschaft.

Wie sich dieses sowjetische Modell herausbildete und wie es nach rund sieben Jahrzehnte umfassender Geltung sein Ende fand, legt der Erlanger Osteuropahistoriker Helmut Altrichter dar. Anders als der Name suggerierte, entstand nach der Oktoberrevolution 1917 kein Rätestaat, sondern das politische System der von Lenin entworfenen „straff organisierten Kaderpartei“,<sup>4</sup> auch wenn sie in den Verfassungsurkunden der Sowjetunion erst überhaupt nicht und lange Zeit nur am Rande (Stalins Verfassung von 1936) Erwähnung fand. Die Breschnew-Verfassung von 1977 würdigte erstmals an zentraler Stelle die „führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft“ als „Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“.<sup>5</sup> Zehn Jahre später schien deren Schlüsselposition zunehmend infrage gestellt, wie Altrichter in seiner Skizze des Transformationsprozesses ausführt. Im Zeichen von Glasnost und Perestroika war eine kritische Öffentlichkeit entstanden, hatte sich das Zentralkomitee zu einem Ort politischer Grundsatzdiskussionen von großer Tragweite entwickelt. Die nun in Gang gesetzten Parteireformen brachen mit den bis dahin geltenden Prinzipien, indem sie die „Befugnisse der Sowjets der Volksdeputierten“ stärkten und den Parteikomitees verboten, „Beschlüsse zu fassen, die direkte Anweisungen für Staats- und Wirtschaftsorgane und gesellschaftliche Organisationen“ enthielten.<sup>6</sup> Damit wurde das Ende des Einparteieregimes eingeläutet.

3 Vgl. zusammenfassend Archie Brown, *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009, S. 155–158.

4 Helmut Altrichter, *Die Chimäre vom Rätestaat*, S. 36.

5 Zitat nach ebd., S. 36f.

6 Ebd., S. 38.

Die nach 1945 in Ostmitteleuropa entstandenen Satellitenstaaten der Sowjetunion folgten anfänglich mehr oder weniger dem aus Moskau vorgegebenen Muster, wichen aber in den folgenden Jahrzehnten teils beträchtlich von ihm ab. Die stärksten Abweichungen entwickelten sich in Polen, Ungarn und Rumänien, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedene Richtungen. Der polnische Politikwissenschaftler Tytus Jaskułowski führt Ergebnisse einer Umfrage unter Mitgliedern der offiziell atheistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus dem Jahr 1988 an, wonach sich 60 Prozent der Befragten als gläubig bekannten und das höchste institutionelle Vertrauen dem Primas der Katholischen Kirche Polens entgegenbrachten.<sup>7</sup> Auch dies erklärt die gesellschaftliche Sonderstellung, die sich die Katholische Kirche mit ihrem Millionenheer an Gläubigen und ihrer historischen Rolle als Verkörperung einer lange Zeit staatslosen Nation nach einer anfänglichen Phase heftigster Repression ertrudt hatte. Allerdings fiel die erwähnte Umfrage in eine Zeit, in der sich die Macht (nach der Ernennung des Generals Jaruzelski zum Ministerpräsidenten im Februar 1981 und der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981) bereits von der Staatspartei auf das (mit ihr allerdings eng verflochtene) Militär verlagert hatte. Wenige Mitglieder der Topelite um den General Jaruzelski besaßen das Entscheidungsmonopol; „Partei und Staatsapparat wurden einfach ignoriert“.<sup>8</sup>

Das war in Ungarn anders, das ansonsten mit Polen zu den Ländern zählte, die im Laufe der Zeit beträchtlich vom sowjetischen Modell abwichen. Die Staatspartei leitete selbst die Transformation ein, da sich in ihr ein starker Reformflügel hatte entwickeln können, der in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, ermutigt durch den Wandel in Moskau, entscheidenden Einfluss gewann. Jedoch hatte Ungarn, wie kein anderes Land innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), eine eigene Reformtradition, deren Ursprünge und Entwicklung der Ungarnexperte Andreas Schmidt-Schweizer in seinem Beitrag nachzeichnet. Sie erstreckte sich unter Parteichef Kádár nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 zunächst vor allem auf das Gebiet der Wirtschaft (u. a. Erweiterung der Selbstständigkeit von Staatsunternehmen und Genossenschaften und großzügigere Zulassung privatwirtschaftlicher Aktivitäten), da die bis dahin verfolgte „ideologiezentrierte Politik und rigorose Machtpraxis“<sup>9</sup> in die Sackgasse geraten waren. Diese Entwicklung wurde in den Jahren 1973 bis 1977 durch Druck aus Moskau von einer Periode der „Reideologisierung und Reformrückschritte“ unterbrochen, setzte sich jedoch danach verstärkt fort und erfasste erstmals auch die politisch-institutionelle Sphäre, wie

7 Tytus Jaskułowski, *Das politische System der Volksrepublik Polen in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens*, S. 90.

8 Ebd., S. 96.

9 Andreas Schmidt-Schweizer, *Die Staatspartei in Ungarn (1944–1989). Vom Vasallen Moskaus zum Vorreiter der Systemtransformation*, S. 198.

die Wahlrechtsreform von 1983 („obligatorische Doppelkandidatur bei den Parlaments- und Kommunalwahlen“<sup>10</sup>) bewies. Marktwirtschaftlich orientierte Parteiökonomien übernahmen 1987 schließlich die Macht und trugen mit der Grenzöffnung vom September 1989 (vorangegangen waren seit dem Frühjahr 1989 Abbaumaßnahmen an der Grenze) entscheidend zum Ende des „realen Sozialismus“ bei.

Ungarn und Polen hatten mit Rumänien die schwache soziale Verankerung der kommunistischen Parteien in den zu Beginn stark agrarisch geprägten Ländern gemeinsam. Doch blieb die 1965 von dem neu gewählten Parteichef Nicolae Ceaușescu eingeleitete Liberalisierung von kurzer Dauer, wie der Zeithistoriker und Ostexperte Thomas Kunze in seinem Beitrag zeigt. Der von Ceaușescu fortgeführte Nationalkommunismus mit seiner ostentativen Distanz zu Moskau bediente „antisowjetische bzw. antirussische Ressentiments“, war aber sorgfältig bemüht, „die ‚rote Linie‘ gegenüber dem Kreml niemals“<sup>11</sup> zu übertreten. Neben dem Nationalismus als Integrationsideologie setzte Ceaușescu ab Mitte der 1970er-Jahre zunehmend auf Repression, gestützt vor allem auf den expandierenden Apparat der „Securitate“, deren bewaffnete Einheiten 1989 wesentlich zum blutigen Verlauf des Systemwechsels beitrugen. Stärker als in allen anderen „Ostblock“-Staaten wurde die Partei von einer klientelistisch-korrupten Führungselite mit quasidynastischen Zügen dominiert. Wo sonst gab es neben den obligatorischen vielbändigen Redensammlungen der „großen Vorsitzenden“ eine „Anthologie des Kriechertums“ mit 151 pathetisch-huldvollen Gedichten auf Ceaușescu, der sein Land mit Prachtbauten und bombastischen Großprojekten in den wirtschaftlichen Ruin trieb?

Anders als Rumänien blieb Bulgarien über die Jahrzehnte ein treuer Vasall Moskaus, wie der Sofioter Historiker Michail Gruev in seinem Beitrag ausführt. Die Staatspartei griff in ihren Legitimierungsbemühungen zwar ebenfalls auf traditionellen Nationalismus (und Feindbildpflege vor allem gegen die muslimische Minderheit) zurück, nahm dabei aber niemals eine „antisowjetische Färbung“<sup>12</sup> an. Die Mehrheit der Bulgaren war seit dem 19. Jahrhundert russophil, da man Russland zunächst als Befreier von osmanischer Herrschaft und später als Bündnispartner gegen die Türkei (und Griechenland) schätzte. Die enge Anbindung an Moskau war eine der Voraussetzungen der erstaunlichen Führungskontinuität innerhalb der Staatspartei, deren in Ungnade gefallene Mitglieder stets durch komfortable „Sinekuren“ abgefunden wurden. Am Ende (1989) lag das Durchschnittsalter des Politbüros bei 65,5 Jahren – übertroffen nur durch die Parteispitze der SED (68 Jahre).<sup>13</sup>

10 Ebd., S. 201.

11 Thomas Kunze, Die Rumänische Kommunistische Partei und ihre Führer Gheorghie Gheorghiu-Dej und Nicolae Ceaușescu, S. 318.

12 Michail Gruev, Organisationsentwicklung, Ideenprozesse und innere Kämpfe in der Bulgarischen Kommunistischen Partei während der 1970er- und 1980er-Jahre, S. 383.

13 Vgl. ebd., S. 386.

Anders als in Bulgarien gab es in den beiden Ländern, die ebenfalls nah am sowjetischen Vorbild orientiert blieben, Phasen gradueller Liberalisierung: In der DDR in Gestalt technokratischer Reformversuche Mitte der 1960er-Jahre unter Ulbricht, in der Tschechoslowakei viel weitgehender während des „Prager Frühlings“ 1968. Sie blieben aber Episode. In der Tschechoslowakei folgte die Endphase „posttotalitärer Entpolitisierung“,<sup>14</sup> in der das Regime Wohlstandsversprechen mit der Forderung nach politischer Passivität verknüpfte. Am Ende war jene Staatspartei „gesellschaftlich isoliert“,<sup>15</sup> die als einzige im „Ostblock“ als Massenpartei mit breiter Volksunterstützung begonnen hatte.

Die tschechoslowakische Staatspartei, die bereits in den 1920er-Jahren eine bedeutende Stellung im Parteiensystem eingenommen hatte, erfasste zumindest in den industriell hoch entwickelten Regionen Böhmen und Mähren zu Beginn ihrer Herrschaft einen größeren Anteil der erwachsenen Bevölkerung (Bevölkerungsanteil der Parteimitglieder 1950: 25,3 Prozent) als gegen Ende (1985: 12,5 Prozent). Dies zeigt der Brünner Politikwissenschaftler Stanislav Balík in einer vergleichenden Betrachtung auf.<sup>16</sup> Bei der SED war es umgekehrt: Obwohl auch sie in den Arbeiterregionen Sachsens und Thüringens über eine gewachsene Klientel verfügte, betrug der Bevölkerungsanteil der Parteimitglieder 1950 lediglich 9,2 Prozent (was allerdings im Vergleich zu Polen, Ungarn und der Sowjetunion ein hoher Wert war). Dagegen lag er 1985 bei 14,0 Prozent. Gegen Ende ihrer Herrschaft war sie die formell am stärksten verankerte Parteiorganisation der staatssozialistischen Länder, auch wenn der Glaube an die Verheißungen des Sozialismus selbst unter „Genossen“ arg gelitten hatte. Im Politbüro sahen viele die Notwendigkeit tiefgreifender Wirtschaftsreformen, wie Andreas Malycha in seinem Beitrag zeigt. Aber das Risiko, damit auch das Herrschaftsgefüge in seinen zentralen Bauelementen zu erschüttern, erschien vielen Spitzenfunktionären zu hoch: „Der ‚Prager Frühling‘ [...] hatte gezeigt, auf welche Weise eine Debatte um Wirtschaftsreformen in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion einmünden kann, die vor dem politischen System nicht Halt macht.“<sup>17</sup>

Im politisch isolierten Albanien, dem einzigen kommunistischen Regime in Europa, das bis zum Systemwechsel am Stalinkult festhielt, erreichte der Bevölkerungsanteil der Staatspartei dem Albanologen Michael Schmidt-Neke zufolge bis 1986 lediglich 7,5 Prozent. Das war keineswegs das Resultat eines zurückgenommenen totalitären Anspruchs, sondern entsprang der Leitidee, „Avantgardepartei, nicht Massenpartei zu sein“.<sup>18</sup> Auf Jugoslawien wiederum traf dies keinesfalls zu, auch wenn sich generalisierende Aussagen zur Verankerung der kommunistischen Parteien hier aufgrund der föderalen Struktur

14 Stanislav Balík, Die Staatspartei der Tschechoslowakei, S. 142.

15 Ebd., S. 149.

16 Vgl. ebd., S. 137.

17 Andreas Malycha, Der „Konsumsozialismus“ Honeckers. Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro in den 1970er- und 1980er-Jahren, S. 252.

18 Michael Schmidt-Neke, Das politische System Albaniens 1944-1991, S. 451.

verbieten. Wie der Leipziger Südosteuropaexperte Wolfgang Höpken ausführt, unterschied sich der Bund der Kommunisten Jugoslawiens von Anfang an von den anderen mittelosteuropäischen Staatsparteien durch seinen auch in der Theorie zurückgenommenen Anspruch auf eine „allumfassende ‚Durchherrschaft‘ der Gesellschaft“.<sup>19</sup> Allerdings wechselten sich Phasen der Liberalisierung (wie die durch marktwirtschaftliche Reformen gekennzeichnete zweite Hälfte der 1960er-Jahre) und der „Entliberalisierung des politischen und gesellschaftlichen Alltags“<sup>20</sup> mit Repressionswellen und innerparteilichen „Säuberungen“ (wie zu Beginn der 1970er-Jahre besonders in Kroatien) ab. Dies war verbunden mit einer im Vergleich zur Sowjetunion und ihren Satelliten geringeren Elitenstabilität, besonders in den 1970er-Jahren, als die „alte Partisanengeneration“ von einer neuen, konservativeren „Führungsgarnitur“ abgelöst wurde, der die „Innovationsfähigkeit fehlte, um die sich in den 1980er-Jahren auftürmenden Krisen zu bewältigen“.<sup>21</sup>

## Sozialpolitik

Mangelnde Innovationsfähigkeit war im politischen Prozess das Resultat der Zerstörung des Pluralismus, im ökonomischen Bereich der Zurückdrängung freien Unternehmertums und der Aushebelung der Marktkonkurrenz. Selbst in Jugoslawien, das keine zentralistische Planwirtschaft kannte, untergrub eine „hochgradig atomisierte, zugleich jedoch bürokratisierte betriebliche Selbstverwaltung“ die „ökonomische Effizienz in eklatanter Weise“<sup>22</sup> – mit gravierenden sozialen Folgen.

Noch in den 1960er-Jahren waren die Führer der Sowjetunion – wie anderer kommunistischer Staatsparteien – überzeugt, „Sozialismus benötige keine Sozialpolitik, weil Sozialismus die Erfüllung sozialpolitischer Errungenschaften sei“. Sozialpolitik kennzeichne vielmehr den Kapitalismus, der aufgrund seiner tristen sozialen Folgen „permanente Reparaturarbeiten“<sup>23</sup> erfordere. Wie der Bochumer Osteuropahistoriker Stefan Plaggenborg betont, fiel die Entdeckung der Sozialpolitik als eines Mittels zur Systemstabilisierung in die Zeit der Entstalinisierung: „Durch Sozialpolitik, die anfangs noch nicht so genannt werden durfte, sollte die Bevölkerung nach den Verheerungen des Stalinismus und des Zweiten Weltkrieges für das Regime wiedergewonnen werden.“<sup>24</sup> Der

19 Wolfgang Höpken, Jugoslawien 1970–1989: „Pfadbesonderheiten“ und allgemeine Krise des Sozialismus, S. 473.

20 Ebd., S. 474.

21 Ebd., S. 470.

22 Ebd., S. 472.

23 Stefan Plaggenborg, Sozialpolitik in der Sowjetunion 1975–1991. Ein Beitrag zum Untergang, S. 45.

24 Ebd., S. 46.



Stalinismus hatte „unter Beibehaltung der bestehenden zusätzliche sozialistische Armut in riesen Ausmaßen verursacht, sichtbar nicht zuletzt an den Bettlern in den Straßen besonders der Städte“. Nur Brot, Kartoffeln und Teigwaren fanden die Menschen zu Beginn der 1950er-Jahre stets „in ausreichender Menge vor“.<sup>25</sup> Und erst „vier Jahrzehnte nach der Revolution begann der erste sozialistische Staat der Welt, seine Alten, die den Sozialismus aufgebaut hatten, zu versorgen“.<sup>26</sup>

Die wichtigsten Elemente sozialistischer Sozialpolitik hat der Heidelberger Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt für das SED-Regime „sechs Kreisen“ zugeordnet: eine „autoritäre Arbeitsverfassung mit einer größtenteils partei- und staatsgesteuerten Lohnpolitik, das ‚Recht auf Arbeit‘, den Sozialschutz der Sozialversicherungen, die betriebliche Sozialpolitik, Sozialprogramme für den Reproduktionsbereich und schließlich privilegierende Zusatz- und Sonderversorgungssysteme für politisch besonders umworbene Gruppen“.<sup>27</sup>

Besonders im Bereich der – in Deutschland traditionsreichen – Sozialversicherung trugen diese sechs Kreise in der DDR landesspezifische Züge, doch galten sie in weiten Teilen auch in den anderen Staatssozialismen. Dies traf vor allem auf die autoritäre Arbeitsverfassung mit Staatsgewerkschaften als gigantischen Kontroll- und Betreuungsapparaten zu, wie sie die Sowjetunion hervorgebracht hatte. Neben der Lohnpolitik bestimmten sie über die Vergabe vieler begehrter Dienstleistungen wie Urlaubsreisen und Ferienwohnanlagen – und nutzten sie auch als Mittel zur Belohnung und Bestrafung loyalen/illoyalen Verhaltens der Beschäftigten.

Im zweiten Kreis nahm die DDR eine Spitzenstellung ein. Bei den Erwerbsquoten übertraf sie nach den ILO-Statistiken „die übrigen sozialistischen Länder um Längen“<sup>28</sup> – hier wie dort allerdings um den Preis der „Überlagerung wirtschaftlicher Rationalität durch wirtschaftsfremde Regulierungen“,<sup>29</sup> die den Betrieben eine sehr großzügige Beschäftigung von Arbeitskräften ermöglichten. Dieses System wurde dort stärker durchbrochen, wo der Anteil der nicht-kollektivierten Betriebe höher war (wie in der polnischen Landwirtschaft) und privatwirtschaftliche Aktivitäten von Kleinunternehmern wie im ungarischen „Gulaschkommunismus“ einen bedeutenderen Umfang erlangten. Das Gegenmodell bildete Jugoslawien, wo der Staat keine Arbeitsplatzgarantie gewährte. 1984 waren eine Million Arbeitssuchende registriert, davon 60 Prozent Jugendliche.<sup>30</sup> Das in anderen Staatssozialismen fehlende Ventil war hier die Suche nach Arbeit im Ausland. Dabei entwickelten sich die Gastarbeitertransferzah-

25 Ebd., S. 47.

26 Ebd., S. 48.

27 Manfred G. Schmidt, *Legitimitätsprobleme im Sozialismus. Die Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, S. 267.

28 Ebd., S. 268.

29 Ebd., S. 269.

30 Vgl. Höpken, *Jugoslawien*, S. 498.

lung zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor – und trugen so indirekt zur Finanzierung der Sozialpolitik bei.

Im dritten Kreis, Alterssicherung und Gesundheitswesen, standen international respektable Erfolge neben dunklen Schattenzonen. Erfolge wurden vor allem im Gesundheitswesen verzeichnet, wo viele Staaten in der Basisversorgung ein international beachtliches Niveau erreichten. Doch wirkte sich auch hier die mangelnde Effizienz der Ökonomie aus, die einen Rückfall in der technischen Ausstattung der Krankenhäuser zur Folge hatte. In Rumänien hatte das besonders schwerwiegende Folgen: Hier stieg die Kindersterblichkeit nach kontinuierlichem Rückgang in den Jahrzehnten zuvor seit Mitte der 1980er-Jahre wieder an.<sup>31</sup> Im Bereich der Alterssicherung schnitten die realsozialistischen Systeme im internationalen Vergleich ungünstiger ab als im Gesundheitswesen. Der Substitutionsanteil der Renten im Verhältnis zum Einkommen vor dem Eintritt in den Ruhestand war in Ungarn (1982) mit 52 Prozent besonders hoch. In der Tschechoslowakei lag er bei 45 Prozent, in der DDR lediglich bei 30 Prozent.<sup>32</sup>

Im vierten Kreis, dem „Reproduktionsbereich“, ist zunächst der Wohnungsbau zu nennen. Seit den späten 1960er-Jahren schossen in den Vorstädten überall die Hochhaus-Plattensiedlungen aus dem Boden. Sie reduzierten die Wohnungsknappheit und boten vergleichsweise komfortablen Wohnraum. Wie Alexander Vezenkov vom Centre for Advanced Study in Sofia zeigt, unterscheiden sich die Staatssozialismen allerdings im Staatsanteil erheblich: Während in der DDR, der Sowjetunion und Rumänien die große Mehrheit der Stadtbevölkerung in Staatswohnungen lebte, wurden in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen viele Wohnungen privatisiert.<sup>33</sup> Dies milderte den Verfall der Altbausubstanz, wie er die Stadtkerne der DDR kennzeichnete.

Im internationalen Vergleich lagen die Leistungen im Bereich der Geburtenförderung teilweise an der Weltspitze. Neben der DDR galt dies vor allem für die Tschechoslowakei. 1968 war sie das Land mit dem „weltweit längsten Mutterschaftsurlaub“ und hohem Lohnausgleich.<sup>34</sup> Allerdings traf dies keineswegs auf alle Staatssozialismen zu. Auch im von Preisstützungen geprägten Konsumbereich war die Kluft zwischen den am weitesten entwickelten Ländern und denen am unteren Ende riesig. Während die Grundversorgung in den letzten Jahren vor dem Ende des Staatssozialismus in Ländern wie der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei auch aufgrund hoher Staatsverschuldung kein wirkliches Problem darstellte, lebten große Teile der Bevölkerung im nahezu schuldenfreien Rumänien in bitterer Armut. Wie der Bukarester Sozialhistoriker Alexandru-Murad Mironov zeigt, bestand kein Mangel an Geld, sondern

31 Alexandru-Murad Mironov, Sozialpolitik in Rumänien, S. 330.

32 Vgl. Tibor Valuch, Staatssozialismus – Sozialpolitik – Legitimation. Ungarn im mitteleuropäischen Vergleich 1949–1989, S. 220.

33 Alexander Vezenkov, Sozialpolitik im kommunistischen Bulgarien, S. 393.

34 Jakub Rákosník, Sozialpolitik und das Ende der sozialistischen Diktatur in der Tschechoslowakei, S. 154.

„Mangel an Gütern“: „Lebensmittel konnte man nicht kaufen, da sie nicht vorhanden waren.“<sup>35</sup> In dieser Hinsicht war die Lage in den 1980er-Jahren noch schwieriger als im „asketischen Mangel-Sozialismus“<sup>36</sup> Albaniens. Aber auch in den vergleichsweise gut funktionierenden Systemen gab es Bevölkerungsgruppen, die sich selbst als arm empfanden. In der Tschechoslowakei zählten dazu besonders häufig „Hausfrauen, Menschen mit geringer Bildung, Bewohner von Kleinstädten und Rentner“.<sup>37</sup> Für weite Teile der Bevölkerung gab es indes weder in der Tschechoslowakei noch in der DDR ernste Mängel im Bereich der Grundversorgung.

Allerdings blieben sie weit vom zeitweiligen Konsum-Schlaraffenland Jugoslawien entfernt, wo aufgrund der Qualität der Agrar- und Verbrauchsgüter, der Automobilisierung, des Tourismus, der offenen Grenzen, der Überweisungen der Gastarbeiter in Westeuropa und der Intensität der internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen von den 1960er-Jahren an eine „sozialistische Konsumgesellschaft“<sup>38</sup> entstand, in der die andernorts auftretenden Versorgungsengpässe unbekannt waren. Die „sozialistische Konsumkultur“ Jugoslawiens stand ökonomisch indes nicht weniger auf tönernen Füßen als die der anderen Staatssozialismen. Dies zeigt sich Mitte der 1980er-Jahre, als das hoch verschuldete Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geriet. Nun gab es zu einer strengen Austeritätspolitik keine Alternative mehr. Die Folge waren „Importrestriktionen, Devisenbeschränkungen und Preislockerungen bei gleichzeitigen Lohnbeschränkungen [...]. Aus der jugoslawischen Konsumgesellschaft wurde eine Schwarzmarkt- und Tauschgesellschaft.“<sup>39</sup>

Hält die Mitte der 1980er-Jahre von dem Politikwissenschaftler George Breslauer vertretene These vom „ungeschriebenen Sozialvertrag“, den die poststalinistischen Regime mit ihren Bevölkerungen zwecks Systemstabilisierung geschlossen hätten,<sup>40</sup> einer empirischen Prüfung stand? Für die Sowjetunion zeigen die Quellen eines Bochumer Forschungsprojekts (Briefe „von unten“ und Verlautbarungen „von oben“), dass es eine solche stillschweigende Übereinkunft zumindest zeitweise und in Teilen der Bevölkerung gab. Unzweifelhaft habe die „sowjetische Führung über das Instrument der Sozialpolitik wieder einen Draht zur Masse der Bevölkerung“<sup>41</sup> bekommen. Wo die Weber'schen Quellen der Legitimität (Tradition, Charisma, rational-legale Herrschaft) versiegten, musste dies, wie Manfred G. Schmidt für die DDR zeigt, durch soziale

35 Alexandru-Murad Mironov, Sozialpolitik in Rumänien, S. 338.

36 Höpken, Jugoslawien, S. 494.

37 Rákosnik, Sozialpolitik, S. 164.

38 Höpken, Jugoslawien, S. 490.

39 Ebd., S. 498.

40 Vgl. George W. Breslauer, On the Adaptability of Soviet Welfare-State Authoritarianism. In: Erik P. Hoffmann/Robbin F. Laird (Hg.), The Soviet Polity in the Modern Era, New York 1984, S. 219-245.

41 Plaggenborg, Sozialpolitik, S. 49.

Leistungen kompensiert werden. Dazu passt, was der Potsdamer SED-Forscher Andreas Malycha über die Denkweise des SED-Generalsekretärs Erich Honecker schreibt. Dieser „war in weitaus stärkerem Maße als die der anderen SED-Funktionäre von dem Glauben geprägt, durch Sozialpolitik Loyalität in der Bevölkerung und damit politische Stabilität des Systems erzeugen zu können“.<sup>42</sup> Sein ökonomisches Wissen war demgegenüber bescheiden.

Indes war einigen seiner Berater klar, dass der DDR-Sozialismus ökonomisch vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen stand. Wo die Staatssozialismen dem Markt größere Spielräume einräumten, klaffte die Einkommensschere auseinander. Der ungarische „Gulaschkommunismus“ ist dafür ein gutes Beispiel. Hier grassierte nicht zufällig auch die Korruption, konnte man sich bessere Leistungen bei der Wohnungszuteilung oder im Gesundheitswesen erkaufen.<sup>43</sup> Wo aber die Marktkonkurrenz weitgehend ausgeschaltet blieb, fehlten die Erträge, um die sozialistischen Wohlstandsversprechen langfristig auf hohem Niveau zu erfüllen.

In der Sowjetunion fiel der entscheidende Dominostein im realsozialistischen Machtgefüge. Die „von Stalin ererbte Wirtschaftsstruktur“<sup>44</sup> war am Ende, ein tief greifender Umbau („Perestroika“) des ökonomischen Systems zur Effizienzsteigerung alternativlos. Als die Sowjetführung 1985 begann, strukturelle Reformen einzuleiten, hatte sie indes schon „ihr sozial- und wirtschaftspolitisches Pulver verschossen“. Gorbatschows Strategie, „Sozialpolitik durch politische Rechte zu ersetzen, in der Hoffnung, die politische Liberalisierung werde über den realen Niedergang der Lebensverhältnisse hinweghelfen“, ging im „Sozialprotektorat Sowjetunion“<sup>45</sup> nicht auf.

In Polen, dem zweiten Dominostein, waren die 1980er-Jahre von enormen Preissteigerungen geprägt, da die Regierung nicht in der Lage war, die hohe Subventionierung der Grundnahrungsmittelpreise aufrechtzuerhalten. 1982 sank die Kaufkraft der Bevölkerung trotz Gehaltserhöhungen um ein Viertel.<sup>46</sup> In der Tschechoslowakei war die Lage in den 1980er-Jahren weniger dramatisch. Aber auch hier stieß der hoch entwickelte Wohlstandsstaat an seine Grenzen. Doch anders als in Polen gelang es der politischen Führung, „einen Lebensstand zu wahren, der nicht zu Unstimmigkeiten führte, die in Massenprotesten der Bürger gegen das Regime hätte enden können“.<sup>47</sup> Erst als mehrere Dominosteine gefallen waren, begann in Prag die „samtene Revolution“.

42 Malycha, Der „Konsumsozialismus“ Honeckers, S. 253.

43 Vgl. Valuch, Staatssozialismus – Sozialpolitik – Legitimation, S. 219.

44 Plaggenborg, Sozialpolitik, S. 54.

45 Ebd., S. 56.

46 Patryk Wasiak, „Sozialwirtschaftliche Entwicklung“ in der Zeit der Krise. Die volkspolitische Sozialpolitik in den 1980er-Jahren, S. 105.

47 Rákosnik, Sozialpolitik, S. 153.

## Opposition und Widerstand

Was in Prag im November/Dezember 1989 geschah, wäre nur zum Teil richtig beschrieben, wenn man behauptete, die Opposition habe nun die Macht übernommen. Dies vermittelte von der Tschechoslowakei mit ihrer besonderen Tradition der „nicht-politischen Politik“ ein schiefes Bild.<sup>48</sup> Der Brünner Politikwissenschaftler Jan Holzer zeigt in seinem Beitrag, welche Konsequenzen diese prominent von Václav Havel vertretene Haltung in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre hatte.<sup>49</sup> Die „samtene Revolution“ war ebenso wenig geplant wie die in anderen realsozialistischen Ländern. Da es in keinem von ihnen (auch nicht in Jugoslawien) ein Recht auf Opposition gab und die Spielräume für politisch abweichendes Verhalten auch in der Endphase vielerorts eng waren, verstanden sich die meist kleinen regimekritischen Gruppen überwiegend als moralische, menschenrechtlich orientierte Alternative auf dem Weg zu einem besseren Sozialismus. Es mag daher angebracht erscheinen, mit Leonard Schapiro zwischen „Dissidenz“ und „Opposition“ zu unterscheiden.<sup>50</sup>

Naturgemäß zeigten sich Dissidenz, Opposition und Widerstand in besonderem Maße in der Etablierungs- und Verfallsphase der realsozialistischen Regime. Wo die Staatsparteien bei der Machteroberung auf ein stärkeres endogenes Unterstützerpotenzial setzten konnten (wichtigstes Beispiel: Tschechoslowakei), verlief der Prozess der Regimeetablierung oft weniger blutig als dort, wo die Herrschaft gegen weite Teile der Gesellschaft ertrotzt werden musste. In Rumänien beispielsweise war der Kommunismus „ein politisches Nullum“<sup>51</sup> und seine Errichtung mit einem „beispiellosen Terrorregime“ verbunden. Politische Gegner wurden zu Tausenden im rumänischen „Archipel Gulag“ interniert. Der rumäniendeutschen Politikwissenschaftlerin Anneli Ute Gabanyi zufolge befand sich noch 1964 eine halbe Million Personen „in Gefängnissen, Arbeitslagern und im Zwangsaufenthalt“.<sup>52</sup>

Jedoch musste auch in solchen Ländern, wo die Staatsparteien über breitere soziale Unterstützung verfügten, nicht selten der zähe Widerstand bedeutender sozialer Gruppen gebrochen werden. Wie die bulgarische Menschenrechtsaktivistin Dimitrina Petrova in ihrer Analyse zeigt, neigt die Bulgarienforschung angesichts des stärker endogenen Charakters des bulgarischen Kommunismus zur Unterschätzung von Dissidenz, Opposition und Widerstand. Doch existierten auch hier in der Etablierungsphase Straflager für politische Kontrahenten und

48 Dirk Mathias Dalberg, *Die nichtpolitische Politik. Eine tschechische Strategie und Politikvorstellung*, Stuttgart 2013.

49 Jan Holzer, *Opposition und Widerstand gegen kommunistische Regime: Der Fall Tschechoslowakei*, S. 181.

50 Vgl. den Hinweis bei Holzer, *Opposition*, S. 187 f.

51 Zit. nach Anneli Ute Gabanyi, *Politische Opposition im kommunistischen Rumänien (1944–1989)*, S. 348.

52 Ebd., S. 350.

es gab einen heftigen Kampf zur Entmachtung der Kirchen. Die Repressionspolitik des sich konsolidierenden Regimes war janusköpfig: Während es „zu brutaler Gewalt gegenüber Dissidenten mit geringerem sozialem Status fähig war, verfügte es über eine ausgefeilte Strategie der Tolerierung, Verführung, Manipulation und gezielten Repression, wenn es um prominente Intellektuelle ging, wobei man sich äußerste Mühe gab, keine Märtyrer zu produzieren“.<sup>53</sup> Mit die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen des Schiwkow-Regimes ereignete sich in den 1980er-Jahren, und zwar auf eine für die poststalinistischen staatssozialistischen Länder untypische Weise: Während der Kampagne zur Zwangsassimilation der türkischen Minderheit 1984/85 wurden 850 000 ethnische Türken gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen. „Knüppel und Panzer“ kamen zum Einsatz. Bis März 1985 „war die türkische Minderheit in Bulgarien ‚verschunden‘“.<sup>54</sup> Von einer stalinistischen „ethnischen Säuberung“ unterschieden sich die demütigenden Vorgänge allerdings dadurch, dass die Diskriminierten ihre Heimat und teilweise ihren Besitz, nicht aber ihr Leben verloren.

Allerdings gab es im bulgarischen Staatssozialismus mit seiner vergleichsweise großen Unterstützerbasis vor 1989 anders als in der DDR, Polen und Ungarn keine Volksaufstände gegen das kommunistische Regime. Als Gründe dafür nennt Dimitrina Petrova „die strikte Repression sowie die physische und moralische Vernichtung der demokratischen Opposition ab September 1944“.<sup>55</sup> Die stärkere Legitimität des bulgarischen Kommunismus erzeugte ihr zufolge sogar „ein größeres Potenzial zur Unterdrückung von Dissidenz“.<sup>56</sup>

Auch dort, wo sich die kommunistische Herrschaft wie in Jugoslawien in vergleichsweise liberalen Formen entfaltete, musste sie zunächst in einem „Furor repressiver Gewalt“<sup>57</sup> etabliert und jegliche ordnungspolitische Alternative unterbunden werden. Wo eine Tradition des Parteienwettbewerbs existierte und der Machtübernahme eine Liberalisierungsperiode vorausging, in der sich Parteien bilden konnten, mussten die kommunistischen Parteien ihre Kontrahenten aus dem Weg räumen oder einbinden. So entstanden in der DDR, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien „Blockparteien“, die einerseits politischen Pluralismus vortäuschten und andererseits als „Transmissionsriemen“ der Staatspartei in Bevölkerungsgruppen dienten, die nicht zu deren klassischer Klientel zählten. Blockparteien fehlten in der Sowjetunion mit ihrer kriegerischen und mörderischen Etablierungsphase nach 1917 – ebenso wie in Albanien, wo es „nur Erfahrungen mit autoritären Systemen“ gab und sich vor der Machtübernahme der Staatspartei „kein Parteienpluralismus ausbilden konnte“.<sup>58</sup>

53 Dimitrina Petrova, Widerspruch und Opposition im kommunistischen Bulgarien, S. 419.

54 Petrova, Widerspruch, S. 422.

55 Ebd., S. 437.

56 Ebd., S. 438.

57 Höpken, Jugoslawien, S. 500.

58 Schmidt-Neke, Das politische System Albaniens, S. 448.

Wo Blockparteien existierten, wurden diese nach einer Übergangsperiode politisch meist nahezu bedeutungslos. Eine Ausnahme war die vorwiegend linksgerichtete ungarische Kleinlandwirtpartei, die bei den Wahlen von 1945 57 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Sie konnte noch eine Zeit lang als semi-legale Opposition wirken, allerdings unter massivem Konformitätsdruck und strengster Beobachtung durch die Staatssicherheit. Welche begrenzten Freiräume daraus resultierten, erläutert der ungarische Historiker Krisztián Ungváry am Beispiel von József Antall senior und junior, dem Vater des ersten ungarischen Ministerpräsidenten nach dem Systemwechsel und dessen Sohn, der als Gymnasiallehrer „mehrmals strafversetzt und 32 Jahr lang permanent observiert wurde“. Doch drei Jahre nach dem Ungarnaufstand musste die Kleinlandwirtpartei ihr Büros endgültig schließen; Antall junior verlor die Lehrbefugnis, mied fortan jede illegale politische Betätigung, erreichte aber mithilfe noch intakter Netzwerke seines Vaters immerhin, dass er 1974 „zunächst Beauftragter und ab 1985 ordentlicher Direktor eines kleinen Museums werden konnte“.<sup>59</sup>

Die Dissidenten und Oppositionellen der realsozialistischen Länder bildeten keine Einheit, sondern waren strategisch wie politisch heterogen. Befürworter eines gewaltsamen Umsturzes bildeten im Allgemeinen eine kleine Minderheit. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es noch paramilitärische Widerstandsaktivitäten – wie in Polen, wo entsprechende Formationen aus der Heimatarmee hervorgegangen waren.<sup>60</sup> Die Aktivitäten gewaltorientierter Gruppen regten vielfach nicht zur Nachahmung an, zumal sie mit strengster Repression zu rechnen hatten. Der in seinen Motiven nie ganz aufgeklärte Versuch einer Flugzeugentführung durch ausreisewillige jüdische Aktivisten in Leninrad 1970 stieß in Dissidentenkreise überwiegend auf Ablehnung. Alexander Solschenizyn erteilte der Legitimität von Gewalt als Mittel politischer Veränderung 1974 eine klare Absage.<sup>61</sup>

Gingen die Forderungen der Dissidenten über moralische Anliegen (Gerechtigkeit) oder Fragen des Friedens und des Umweltschutzes hinaus und verdichteten sich zu einer in Ansätzen politischen Programmatik, so bildeten die Verfechter einer Reform des Sozialismus die Mehrheit. Allerdings konnte Kritik am Status quo am ehesten auf Duldung hoffen, wenn sie sich in das Gewand innersozialistischen Reformstrebens hüllte. Ganz andere politische Ziele verfolgten Befreiungsnationalisten in Ländern, wo stark entwickelte ethnische/nationale Kulturtraditionen überdauert hatten. Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit war in Armenien, Georgien und im Baltikum ein zentrales Thema der Dissidenten. Wie der Moskauer Memorial-Mitarbeiter Alexej Makarov in seinem Beitrag zeigt, hatte sich in Litauen die „Bewegung der ‚Waldbrüder‘ bis

59 Krisztián Ungváry, *Opposition und Widerstand in Ungarn*, S. 234.

60 Vgl. Klaus Ziemer, *Opposition und Widerstand im kommunistischen Polen*, S. 114.

61 Vgl. Alexej Makarov, *Die Dissidentenbewegung in der Sowjetunion. Strategien und Praxis*, S. 72.

Mitte der 1950er-Jahre halten<sup>62</sup> können. Die Bürgeraktivitäten genossen dort in den 1970er-Jahren die Unterstützung der Katholischen Kirche, obwohl sie sich teilweise mit einer xenophob-antirussischen Haltung verbanden. Auch in der Dissidentenszene der Ukraine spielte das Motiv der erzwungenen Russifizierung eine bedeutende Rolle. In Bulgarien hatte eine „sehr kleine Fraktion der Dissidenten [...] ihre ideologischen Wurzeln in der radikalnationalistischen, NS-orientierten Legionärsbewegung der vorkommunistischen Zeit“.<sup>63</sup>

Die Dissidentenszene der DDR wich in ihrem Erscheinungsbild in einigen Punkten vom Gesamtbild der realsozialistischen Staaten ab. Alle diese Länder waren Opfer „des von Deutschland ausgehenden Krieges geworden“. Wie einer der besten Kenner der DDR-Opposition, Ehrhart Neubert, in seinem Beitrag erläutert, konnte es aus diesem Grunde in der DDR „kein ungebrochenes Nationalbewusstsein“ geben.<sup>64</sup> Die Reflexion der Frage der Schuld, die der offizielle Antifaschismus als Produkt des Kapitalismus elegant dem Westen zuschob, hatte für viele Gruppen hohe Bedeutung. Hinzu kam die in Ostmitteleuropa einzigartige Situation der deutschen Teilung. Überdies war die DDR das einzige protestantisch geprägte Land, sodass die protestantische Ethik eine größere Rolle spielte. Die DDR-Friedensgruppen waren nicht selten von einem radikalen Pazifismus beseelt, thematisierten Umweltprobleme im Sinne der Bewahrung der Schöpfung und argumentierten vielfach auf der Grundlage eines christlichen Sozialismus. Der Schutzraum, den die Kirchen den zunächst kleinen Gruppen von Dissidenten geboten hatten, erklärt ihre hervorgehobene Rolle in der Transitionsphase 1989/90.

Die Kirchen wurden in den meisten Ländern als politischer Machtfaktor bereits in der Etablierungsphase ausgeschaltet oder eingebunden. In Ungarn ging der Papst 1962 auf das Angebot der ungarischen Regierung ein, Bischöfe nur aus dem Kreis der von ihr vorgeschlagenen zu ernennen. „Da die ungarische Regierung nur inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit für diese Ämter vorschlug, war dieser Schritt mit der Aufgabe der Selbstständigkeit der Kirchen gleichbedeutend.“<sup>65</sup> Polen war in dieser Hinsicht das schroffe Gegenteil: Der Versuch des Regimes zu Beginn seiner Herrschaft, die Macht der Kirche mit brachialen Methoden zu brechen (auf dem Höhepunkt der Verfolgung 1953 wurde Kardinal Wyszyński, Primas der Kirche, interniert), scheiterte. Die Kirche behielt so eine bedeutende Machtstellung und konnte einen „bescheidenen Pluralismus im kulturellen Bereich“ aufbauen, „etwa durch katholische Wochen- bzw. Monatszeitschriften [...] sowie durch die an einer Hand abzuzählenden ‚Klubs der katholischen Intelligenz‘“.<sup>66</sup> Wie der Politikwissenschaftler

62 Ebd., S. 64.

63 Petrova, Widerspruch, S. 428.

64 Ehrhart Neubert, Opposition und Widerstand in der DDR, S. 284.

65 Ungváry, Opposition, S. 235.

66 Ziemer, Opposition, S. 118.



und Polenkenner Klaus Ziemer in seinem Beitrag darlegt, rekrutierten sich aus diesen Intellektuellenzirkeln die 1957 erstmals zugelassenen Sejmabgeordneten der katholischen Laienorganisation Znak („Zeichen“), die vom Episkopat unterstützt wurde.

Akademisch Gebildete waren in den Dissidentenszenen überrepräsentiert. Eine polnische Besonderheit war in den Jahren 1976/77 die „enge Zusammenarbeit zwischen Intellektuellen und Arbeitern“. <sup>67</sup> Die dort gebildeten „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) bedienten sich einer für Arbeiter verständlichen Sprache und genossen hohe Akzeptanz.

In Polen verlagerte sich die Macht in den Jahren vor der Transition auf das Militär. Daher spielte die Opposition aus der Staatspartei heraus dort eine geringere Rolle als in Ungarn. Doch hatten sich viele Staatsparteien in den Jahren vor ihrem Machtverlust im Inneren repluralisiert. Die stalinistische Tradition der „Säuberungen“ zur Gewährleistung innerer Einheit, meist verbunden mit „ideologischen Brandmarkungen (Trotzkismus, Nationalismus, Opportunismus, Titoismus, Revisionismus)“ <sup>68</sup> und der Konstruktion von Feindbildern und Verschwörungen von außen (Emigranten, der Westen), blieb nur in Albanien originalgetreu erhalten.

Der Prager Frühling bedeutete faktisch Opposition gegen den Kommunismus, auch wenn sich einige führende Repräsentanten erst später bewusst wurden, dass sie sich in eine Art Oppositionshaltung begeben hatten; eine Reihe von ihnen blieb „bei ihrem Glauben an das kommunistische Ideal, und ihr Widerstand richtete sich einzig gegen die Methoden, mit deren Hilfe dieses Ideal im Verlaufe der 1970er- und 1980er-Jahre verwirklicht werden sollte“. <sup>69</sup> In Polen traten bis zum Herbst 1981 eine Million Parteimitglieder der Gewerkschaft Solidarność bei. <sup>70</sup> Am stärksten war der Einfluss der ungarischen Staatspartei auf den Systemwandel: „Nach der Weisung des ZK arbeiteten ab Herbst 1988 mindestens drei verschiedene Arbeitsgruppen an der Konzeption der Transformation.“ Die sich beschleunigenden Transformationsereignisse machten die Planungen aber zu großen Teilen obsolet, und die Mobilisierung auf den Straßen „spiegelte die zunehmende Machtlosigkeit der Partei wider“. <sup>71</sup> Auch in Rumänien, dem Land mit der blutigsten Transition Ende 1989, wurde der Systemwechsel von Reformern aus der Staatspartei geprägt. Ion Iliescu hatte „sich 1987 in einem Aufsatz als Anhänger der Perestroika zu erkennen gegeben“. <sup>72</sup> Allerdings gab es bis zur Entmachtung (und Hinrichtung) Ceaușescus in einer von militärischen Auseinandersetzungen geprägten kurzen Transitionsphase innerhalb der rumänischen Staatspartei keinen starken Reformflügel, der den regierenden Familienklan hätte in die Schranken weisen können.

67 Ebd., S. 122.

68 Schmidt-Neke, Das politische System Albaniens, S. 463.

69 Holzer, Opposition, S. 179.

70 Ziemer, Opposition, S. 124.

71 Ungváry, Opposition, S. 242.

72 Gabanyi, Opposition, S. 364.

Zwischen den Dissidentenszenen der staatssozialistischen Länder gab es vielfältige Kontakte und Wechselbeziehungen, insbesondere auf der Grundlage gemeinsamer Anschauungen. Die Entwicklung in Polen mit der Streikbewegung und der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* wirkte „unmittelbar über Kontakte in die DDR“<sup>73</sup> hinein. Liberale westliche Politik- und Menschenrechtskonzepte gewannen mit der Helsinki-Schlussakte von 1975 an Bedeutung. Hinzu kam eine unorthodoxe Linke wie die Frankfurter Schule und die „Plattformen neuer sozialer Bewegungen einschließlich der Umweltbewegung, der Friedensbewegung, der Menschenrechtsbewegung und des Feminismus“. Was Dimitrina Petrova für die bulgarische Seminarkultur der 1980er-Jahre konstatiert, dürfte auch in den Dissidentenszenen der DDR und der Tschechoslowakei bedeutsam gewesen sein: Die „reinen Doktrinen“ waren von einer „postmodernen Hybridisierung der kulturellen Kommunikation“ verdrängt worden.<sup>74</sup>

Die Stärke der Opposition in den realsozialistischen Systemen stand in engem Wechselverhältnis zum Erfolg der Legitimierungsbemühungen der Staatsparteien wie auch zu deren Bereitschaft, an der Repressionsschraube zu drehen. Letztlich war es aber ein externer Faktor, der ihrer Herrschaft die Grundlage entzog und die Wirkungsmöglichkeiten oppositioneller Gruppierungen unverhofft erweiterte: die Bereitschaft der Sowjetunion, notfalls militärisch zu intervenieren, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Die Preisgabe der Breschnew-Doktrin durch Generalsekretär Gorbatschow hatte gravierende Auswirkungen auf die staatssozialistischen Systeme und wirkte indirekt auch auf jene Länder (wie Jugoslawien und Albanien) ein, die nicht zu den Satelliten der Sowjetunion zählten.

\*\*\*

Unser herzlicher Dank gilt allen Referentinnen und Referenten, die ihre Vorträge für die Drucklegung erheblich erweitert haben. Ebenso sei den zahlreichen Mitarbeitern gedankt, die meist hinter den Kulissen die Konferenz organisatorisch vorbereitet, begleitet und zu ihrem Gelingen beigetragen haben. Für redaktionelle Mithilfe und Lektorat danken wir Manja Preissler, Sebastian Rab und Ute Terletzki; Satz und Layout übernahmen in bewährter Weise Ilona Görke und Kristin Luthardt. Last but not least sei dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden gedankt, dessen historischer Lesesaal der Konferenz einen repräsentativen Rahmen bot.

Dresden, im August 2018

Uwe Backes, Günther Heydemann,  
Clemens Vollnhals

73 Neubert, *Opposition*, S. 297.

74 Petrova, *Widerspruch*, S. 435.